

An:

Herrn Sigmar Gabriel
Stellvertreter der Bundeskanzlerin
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststr. 34-37
11019 Berlin, Deutschland

Röntgenstraat 18
3261LK Oud Beijerland
Netherlands, Europe

info@stichtingvolkswageninvestorsclaim.com
www.stichtingvolkswageninvestorsclaim.com

Berlin, am 08. Juli 2016

Betreff: Destruktive Politik des Volkswagenkonzerns bei der Aufarbeitung der Schäden des Dieselskandals; Notwendigkeit eines Appells zu friedlicher Streitbeilegung und Schadensbegrenzung

Sehr geehrter Herr Vizekanzler,

ich schreibe Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vorstands der gemeinnützigen Stiftung „Stichting Volkswagen Investors Claim“ und wende mich an Sie als den zuständigen Bundesminister. Ich erinnere dabei auch an Ihre Jahre als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Ihre seinerzeit engen Beziehungen zur Volkswagen AG.

Die deliktischen Manipulationen des Volkswagen-Konzerns über viele Jahre, als „Diesel-Thematik“ apostrophiert, haben Millionen von Geschädigten hinterlassen und die Reputation des Industriestandortes Deutschland schwer beeinträchtigt. Um den Charakter unserer Stiftung zu unterstreichen, möchte ich Ihnen eingangs mitteilen, dass ich nach fast vier Jahrzehnten im deutschen Auswärtigen Dienst deren Vorsitz nur unter Verzicht auf Bezüge irgendwelcher Art, und allein mit der Absicht angenommen habe, zu einem fairen Schadensausgleich für die Geschädigten und zu einer Wiederherstellung des beschädigten Rufs unseres Landes beizutragen. Für meine Vorstandskollegen gilt das Gleiche.

Ziel unserer gemeinnützigen Stiftung („Stichting“) nach niederländischem Recht, ist ein außergerichtlicher Vergleich, der in angemessener Art und Weise auf Seiten von Investoren entstandene Verluste ausgleicht. Diese Verluste gehen aus unserer Sicht auf eklatante Managementfehler und Verletzungen rechtlicher Vorgaben zurück. Im Gegensatz zu so manchem Prozessfinanzierern ist unsere Stiftung nicht darauf aus, eklatant hohe Schadenssummen in jahrelangen Prozessen vor Gericht zu erstreiten sondern

INFO@STICHTINGVOLKSWAGENINVESTORSCLAIM.COM
STICHTING VOLKSWAGEN INVESTORS CLAIM
RÖNTGENSTRAAT 18, 3261LK OUD-BEIJERLAND
NETHERLANDS, EUROPE

KVK: 64255824 RISN: 855587581

tritt auch für die Interessen der nach wie vor investierten Anleger ein. Daher streben wir eine rasche Lösung an, die angemessenen ist, aber das Unternehmen Volkswagen in seiner zukünftigen Leistungsfähigkeit und Wirtschaftslage nicht nachhaltig beeinträchtigt. Die Volkswagen AG könnte über einen Vergleich mit der Vergangenheit aufräumen“, verlorenes Renommee und Reputation zurückgewinnen und unbelastet in die Zukunft schauen und gehen. Mit dem Blick auf eine solche Lösung hat die Stiftung Partnerschaftsvereinbarungen mit führenden internationalen Wertpapierschutzverbänden – World Federation of Investors, European Federation of Investors and Financial Services Users – und zahlreichen nationalen Wertpapierschutzvereinigungen abgeschlossen.

Eine solche Verhandlungslösung würde – unter dem geltenden niederländischen Recht – vom Amsterdamer Berufungsgericht gebilligt und mit Allgemeinverbindlichkeit ausgestattet. Das Verfahren würde in sehr kurzen Zeiträumen und zu geringen Kosten abgewickelt, während streitige Gerichtsverfahren jahrelanges Prozessieren und ein enormes Kostenvolumen mit sich bringen. Während dieser Jahre müsste der Konzern unter der Hypothek eines beschädigten Rufs und der weiterschwelenden Vorwürfe des Betrugs an Kunden und Investoren und des Rechtsbruchs leben, um anschließend die Kostenlawine der verlorenen Prozesse zu bewältigen. Die Vernunft spricht für eine baldige Streitbeilegung.

Die Prozesslawine rollt bereits. Es sind Gerichtsverfahren in Deutschland, im europäischen Ausland, in den USA – trotz des Teilvergleichs zugunsten von Autokäufern – rechtsanhängig oder in Vorbereitung, die Streitwerte in Milliardenhöhe aufweisen. Schon bevor – in zehn Jahren? in 15 Jahren? – Urteile ergehen, in aller Wahrscheinlichkeit zu Lasten des Konzerns, müssen Gerichts- und Anwaltskosten in fast unvorstellbarer Höhe durch Rückstellungen abgedeckt werden. Gleichzeitig schiebt der Konzern die bedrohlichen Kosten seiner Prozessniederlagen vor sich her.

Mit dem in den USA anstehenden Vergleich über rund 15 Milliarden Euro sind die Rückstellungen der Volkswagen AG für Schadensersatzansprüche geschädigter PKW-Besitzer und Investoren nahezu aufgebraucht. Hinzu kommen zukünftige Aufwendungen für die Umrüstung von rund 8,5 Millionen Fahrzeugen in Europa sowie Entschädigungen der PKW-Besitzer und der VW-Aktionäre für erlittene Verluste, Bußgelder und Strafzahlungen nicht gerechnet. Es ist unverständlich – ja, verantwortungslos –, dass die Volkswagen-Konzernleitung vor dieser massiven Prozesslawine und ihren unkalkulierbaren Folgen die Augen verschließt, und die Möglichkeiten zur Abwendung oder jedenfalls substantiellen Minderung der damit indizierten finanziellen Belastungen nicht wahrnimmt.

Genau dies wird aber getan. Bisher sind alle unsere Kontaktversuche mit Vertretern des Unternehmens abgeblockt worden. Auch noch jüngst, im Angesicht der anlaufenden Prozesse, wird jedes Gespräch mit der Behauptung abgelehnt, die Volkswagen AG habe keinen Rechtsverstoß begangen und deshalb nichts zu verhandeln.

Ihren vorläufigen negativen Höhepunkt hat diese Haltung in der vorvergangenen Woche auf der Hauptversammlung der Volkswagen AG gefunden, als nicht nur kritische Stimmen durch die extreme Begrenzung der Redezeit buchstäblich mundtot gemacht wurden, sondern sich Vorstand und Aufsichtsrat in einzigartiger Arroganz und unter Verkennung der Tatsachen jeder Verantwortung durch Handlungskonsequenz entzogen haben. Das rhetorische Bekenntnis zu Fehlern von Einzelnen und der Hinweis auf schwierige Zeiten und zukünftige Transparenz blieben und bleiben in diesem selbstreferenziellen System Worthülsen. Dies ist für sich genommen beschämend genug, wird aber als Handlungsmaxime unternehmerisch gefährlich, wenn durch Opportunitätsdenken geprägtes Handeln mit Blick auf eine mögliche Verjährung von Ansprüchen vernünftige Lösungsvorschläge nicht wahrgeschwiege denn angenommen werden. Volkswagen verfolgt eine Verweigerungs- und Verzögerungstaktik, die offenbar auf eine solche Verjährung von Ansprüchen setzt – die aber nur in Deutschland voraussichtlich im September 2016 eintreten könnte – und damit nur zu weiteren Klagen animiert. Auch die Stiftung wird, wenn der Konzern Gespräche weiterhin blockiert, in einem „Plan B“ seinen milliardenschweren Investor-Mandanten zur Prozessführung raten müssen.

Zieht man die Schlussfolgerung aus diesen Vorgängen, wird klar, dass der Volkswagen-Konzern es durch Halsstarrigkeit und Realitätsverlust riskiert, das Unternehmen sehr bald in eine Lage zu führen, in der die finanzielle Konzernsubstanz gefährdet wird. Angesichts der Größenordnung des Unternehmens entsteht damit eine gesamtwirtschaftliche Bedrohung, die auch bundespolitisch relevant ist. Es kann nicht angehen, dass die Bundesregierung einer solchen Entwicklung tatenlos zuschaut.

Die Stiftung geht deshalb davon aus, dass auch Ihre politische und gesellschaftliche Verantwortung als Bundesminister für Wirtschaft berührt ist. Es geht um die finanzielle Gesundheit eines großen deutschen Unternehmens, aber darüber hinaus um die Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Allgemeinen und Niedersachsens im Besonderen sowie die Geltung ethischer Prinzipien und guter Corporate Governance in Deutschland.

Die Stiftung würde es begrüßen, wenn Sie in diesem Sinne auf die Konzernleitung der Volkswagen AG einwirken, und eine soweit möglich friedliche Streitbeilegung der Entschädigungsverfahren fördern könnten.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Henning Wegener

Vorstandsvorsitzender

Stichting Volkswagen Investors Claim